

# Europa in der Region

Informationen von Bernhard Rapkay  
Abgeordneter im Europäischen Parlament

## **S&D: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament**

Mit der neuen Legislaturperiode gab sich die Fraktion einen neuen Namen. Hintergründe und Fakten haben wir in einem kurzen Text zusammengefasst.

[Hier gehts zum Text](#)

## **Der Vertrag von Lissabon - Das Jahr 2009 endet mit einer neuen Europäischen Union**

Das Jahr 2009 bedeutet für die Europäische Union ein Meilenstein in ihrer Entwicklung. Dazu ein kurzer Text über die Änderungen und der Bedeutung des Vertrages von Lissabon für die Menschen in der EU

[Hier gehts zum Text](#)

## **Der Wirtschafts-und Währungsausschuss (ECON)**

Mit Beginn der neuen Legislatur werden wieder verschiedene Themenbereiche im Europäischen Parlament besetzt. Der ECON spielt auch in den kommenden fünf Jahren wieder einer wesentliche Rolle.

[Hier gehts zum Text](#)

## **Die Ökodesignrichtlinie - Das Ende der Glühbirne**

In den vergangenen Wochen wurde viel über die Glühbirne geschrieben und berichtet. In einem kurzen Text sind die wichtigsten Fakten zusammengetragen.

[Hier gehts zum Text.](#)

# S&D: Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Der Name „Progressive Allianz der Sozialdemokraten & Demokraten“, kurz S&D, ist auf den Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien Europas mit den italienischen Demokraten zurückzuführen.

Die Demokratische Partei (ital. Partito Democratico) ist die größte Oppositionspartei Italiens. Sie wurde am 14. Oktober 2007 von den Linksdemokraten (Democratici di Sinistra) und La Margherita (Christdemokraten, die aus dem linken Flügel der Democrazia Cristiana hervorgegangen sind) gegründet. Diese gehörten ursprünglich dem linken Wahlbündnis L'Ulivo (italienisch für Olivenbaum) an, das 1996 im Bündnis Unione mit anderen Mitte-Links-Parteien unter der Führung von Romano Prodi die Parlamentswahlen gegen die Mitte-Rechts-Koalition von Silvio Berlusconi gewann und danach für fünf Jahre die Regierung in Italien anführte.

Die Linksdemokraten gehörten der Parteienfamilie der Europäischen Sozialdemokraten (SPE) an, die neue Demokratische Partei aber (bislang) nicht. Deshalb musste der Name SPE in S&D umgewandelt werden. Die S&D besteht aus insgesamt 184 Europaabgeordneten aus 27 EU-Staaten und stellt damit nach den Konservativen die zweitgrößte Fraktion im Europäischen Parlament. Ihr gehören neben dem Neuzugang der 21 Demokraten aus Italien, 23 SPD-Europaabgeordnete, sowie Mitglieder der Labour Party aus Großbritannien und der Parti Socialiste aus Frankreich an.

# Europa in der Region

Informationen von Bernhard Rapkay  
Abgeordneter im Europäischen Parlament

## Der Vertrag von Lissabon - Das Jahr 2009 endet mit einer neuen Europäischen Union

Nachdem nun auch Polen, Irland und Tschechien den Vertrag von Lissabon ratifiziert haben, können ab Dezember 2009 die Reformen in Kraft treten. Eine Neuerung war in den letzten Wochen in den Medien sehr präsent: die Besetzung der Posten des EU-Außenministers und die Vergabe der Ratspräsidentschaft für zweieinhalb Jahre. Grund genug, an dieser Stelle noch einmal die wichtigsten Änderungen kurz aufzugreifen.

Denn auch das Europäische Parlament kann von den Neuerungen des Lissabon-Vertrags profitieren. Da das Parlament das einzig direkt gewählte Organ der EU ist, sind die neuen Kompetenzen ein wichtiger Schritt, den Bürgerwillen noch mehr in die Politik einzubeziehen. Konkret erhält das Europäische Parlament dadurch einen größeren Einfluss, dass das sogenannte „Mitentscheidungsverfahren“ mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon zum regulären Gesetzgebungsverfahren wird. Dies bedeutet, dass das Parlament ein vollwertiges Mitbestimmungsrecht bei allen gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften hat. Dadurch wird der parlamentarische Einfluss in mehreren Politikbereichen größer (z.B. in der Landwirtschaftspolitik) und die demokratische Legitimation der Rechtsvorschriften wird gestärkt. Eine weitere tiefer gehende Einbeziehung des Parlaments bringt das neue Haushaltsverfahren. Es schreibt vor, dass künftig alle Haushaltsposten vom Rat und Parlament gemeinsam entschieden werden müssen. Auch die Zahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments wird sich mit dem Vertrag von Lissabon ändern. Derzeit besteht das Parlament aus 736 Mitgliedern und wird sich auf 754 erhöhen. Die Zahl der deutschen Abgeordneten wird sich mit der nächsten Europawahl zwar von 99 auf 96 verringern, dennoch entsendet Deutschland auch weiterhin die meisten Abgeordneten.

Aber nicht nur die Bedeutung des Parlaments wird mit dem Reformvertrag gestärkt. Erstmals werden auch die Bürger der EU die Möglichkeit haben, in Form eines Bürgerbegehrens Einfluss auf die Gesetzgebung der EU zu nehmen. Gelingt es, für ein Thema eine Million Unterschriften zu sammeln, kann die Europäische Kommission durch ein Bürgerbegehren dazu aufgefordert werden, einen Gesetzesvorschlag vorzulegen. Im ersten Moment klingen eine Million Unterschriften unglaublich viel. Berücksichtigt man jedoch, dass die 27 Mitgliedstaaten zusammen etwa 500 Millionen Bürger haben, relativiert sich diese Grenze. Richtig organisiert, kann diese Form der Bürgerbeteiligung der politischen Arbeit in den Mitgliedstaaten neue Perspektiven bieten.

Mit dem Lissabon-Vertrag wird es zukünftig auch zwei neue Ämter geben, die die Europäischen Union greifbarer und effizienter machen sollen. Zum einen wird der Europäische Rat nun von einem ständigen Präsidenten vertreten und nicht mehr nach dem Rotationsprinzip alle sechs Monate gewechselt. Dies soll die Effizienz des Rates steigern, da der Präsident nun mehr Zeit hat, seine Politik umzusetzen. Der erste Präsident des Europäischen Rates wird der belgische Premierminister Herman van Rompuy. Zum anderen wird mit dem Vertrag von Lissabon das Amt eines sogenannten „Hohen Vertreter für Außen-

# Europa in der Region

Informationen von Bernhard Rapkay  
Abgeordneter im Europäischen Parlament

und Sicherheitspolitik“ geschaffen. Der Inhaber dieses Amtes wird nicht nur – wie es der Namen schon sagt – für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union zuständig sein, sondern gleichzeitig auch die Position des Vizepräsidenten in der EU-Kommission übernehmen. Diese Doppelfunktion macht das Amt besonders bedeutend und einflussreich. Deshalb ist es besonders erfreulich, dass diese Position durch Catherine Ashton mit einer erfahrenen Persönlichkeit aus der sozialdemokratischen Parteienfamilie besetzt wird. Durch ihre Arbeit als EU-Handelskommissarin konnte die Britin bereits wichtige Erfahrungen in internationalen und manchmal auch durchaus schwierigen Verhandlungen sammeln.

Außerdem gibt es durch den Reformvertrag einige formale Neuerungen. Erstmals wird nun die Möglichkeit einen Austritts aus der Europäischen Union explizit gegeben. Des Weiteren bekommen die nationalen Parlamente wie zum Beispiel der deutsche Bundestag künftig die Möglichkeit, neue EU-Gesetzgebung direkt zu überprüfen und, wenn sie der Meinung sind, dass die EU ihre Kompetenzen überschreitet, innerhalb von acht Wochen nachdem ein Vorschlag vorgelegt wird, sprichwörtlich die Notbremse ziehen. Dies ist möglich, indem das nationale Parlament auf formalem Weg eine Revision oder den Rückzug des Vorschlags fordert.

Auch die Grundrechtscharta, die im Jahr 2000 unterschrieben und seitdem vor allem deklaratorischen (d.h. noch nicht rechtlich verbindlich) Charakter hatte, wird mit dem Vertrag von Lissabon zum verbindlichen Teil des Primärrechts der EU. Die EU-Organe müssen sich an die Charta halten und die Grundrechte der EU-Bürger im Rahmen ihrer Handlungen achten und schützen.

Der Reformvertrag von Lissabon hat also Auswirkungen auf viele verschiedene Bereiche der Europäischen Union, und ist nicht zuletzt deswegen so wichtig. Seine Ratifizierung war geprägt durch lange Verhandlungen und einigen Rückschlägen. Dennoch war der Kampf für das Vertragswerk wichtig. Nun ist die EU für ihre zukünftigen Aufgaben besser gerüstet, um so eine bestmögliche Politik für alle EU-Bürger zu machen.

## Der Wirtschafts- und Währungsausschuss (ECON)

Zwischen 1994 und 2009 war ich ein ständiges Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses. Seit Beginn dieser Legislaturperiode bin ich stellvertretend in diesem Ausschuss tätig, was jedoch nicht bedeutet dass er für mich an Wichtigkeit verloren hat.

### Der Wirtschafts- und Währungsausschuss deckt folgende Themenbereiche ab:

- die Wirtschafts- und Währungspolitik der Union
- den freien Kapital- und Zahlungsverkehr
- das internationale Währungs- und Finanzsystem
- die Wettbewerbsregeln und staatliche oder öffentliche Beihilfen
- die Steuervorschriften
- die Regelung und Überwachung von Finanzdienstleistungen

# Europa in der Region

Informationen von Bernhard Rapkay  
Abgeordneter im Europäischen Parlament

## Ausblick auf die Legislaturperiode 2009-2014

In der neuen Legislaturperiode wird der Wirtschafts- und Währungsausschuss weiter an Bedeutung gewinnen. Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise haben deutlich gezeigt, dass es sich um keine nationalen Probleme handelt, sondern Lösungen auf europäischer Ebene gefunden werden müssen. Aus diesem Grund werden in den nächsten Jahren breite regulatorische Vorhaben zu erwarten sein. Als eine der ersten Maßnahmen auf diesem Gebiet, hat die Europäische Kommission bereits am 29. April dem Ausschuss einen Gesetzgebungsvorschlag zur Regulierung von Hedgefonds und anderen alternativen Investmentfonds vorgelegt. Weitere Vorschläge sind dem gefolgt, so dass in den nächsten fünf Jahren unter anderem folgende Themengebiete im ECON bearbeitet werden:

- Die zukünftige Finanzaufsichtsstruktur in der Europäischen Union
- Neue Regeln zum Handelsbuch in Basel II
- die Regulierung von allen Produkten, Institutionen und Finanzmärkten
- ein einheitlicher Investorenschutz bei verschiedenen Privatkundenprodukten
- die Überarbeitung der Marktmissbrauchsrichtlinie
- ein allgemeines screening von EU-Gesetzgebung im Hinblick auf Krisenfestigkeit

Es ist wichtig, durch die Ausschussarbeit in diesen Fragen zu der Findung eines europäischen Konsens beizutragen, um eine vergleichbare Krise in Zukunft in Europa verhindern zu können.

## Die Ökodesignrichtlinie

### Was wirklich hinter dem Verbot der Glühbirne steckt

Mit neuen Standards zum Energiesparen kämpft die EU gegen den Klimawandel und will die Kosten für die Verbraucher senken. Die Abschaffung der Glühbirne ist dabei nur ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Das Ende der Glühbirne begann bereits 2005 mit der Verabschiedung der Ökodesignrichtlinie. Mit dieser Richtlinie hat das Europäische Parlament einen Rahmen geschaffen, der Anforderungen an die umweltgerechte Gestaltung energiebetriebener Produkte schafft und das Ziel verfolgt, die über den gesamten Lebensweg verursachten Umweltbelastungen und besonders den Energieverbrauch in der Nutzungsphase dieser Produkte spürbar zu senken.

# Europa in der Region

Informationen von Bernhard Rapkay  
Abgeordneter im Europäischen Parlament

Die Richtlinie geht nicht auf Details ein. Die Kommission wurde vom Gesetzgeber damit beauftragt, konkrete Effizienzstandards für einzelne Produkte festzulegen, die dann mit der Zustimmung des Parlaments und des Rates verabschiedet werden sollten.

Dies führte unter anderem dazu, dass seit September diesen Jahres 100-Watt-Glühbirnen nicht mehr auf den Markt gebracht werden dürfen. Schrittweise sollen dann bis 2012 auch Glühbirnen mit einer geringeren Wattzahl nicht mehr vertrieben werden.

Mittlerweile haben das Europäische Parlament und der Ministerrat die bestehende Ökodesignrichtlinie novelliert und um weitere Produktgruppen zu erweitert. Galt die Richtlinie bis dahin ausschließlich für energiebetriebene Produkte, wie zum Beispiel Haushaltsgeräte, Warmwasserbereitungsgeräte oder auch Glühbirnen, sollte sie nun auf energieverbrauchsrelevante Produkte, wie Fenster, Dämmstoffe und Duschköpfe, ausgeweitet werden.

Dies hat zur Folge, dass anders als bei der Glühbirne, diese Produkte in den nächsten Jahren zwar nicht vom Markt verschwinden, aber auch sie werden im Rahmen der Ökodesignrichtlinie von neuen Regelungen betroffen sein.

Bereits im Januar 2010 werden Grenzwerte für Standby betriebene Geräte eingeführt werden, so dass sie nicht mehr als zwei Watt Strom im Standby-Betrieb verbrauchen. Ebenso werden Duschköpfe von den neuen Regelungen betroffen sein. Diese sollen weniger Wasser verbrauchen, was dann auch den Energiebedarf zum Heizen des Wassers senken würde und somit auch die Kosten für den Verbraucher.

Diese Neuregelungen sind bereits beschlossene Sache. Sie tragen nicht nur zu einem verbesserten Umweltschutz und Ressourcenmanagement bei, sondern geben auch eine Antwort auf steigende Energiepreise.